

OSTTHÜRINGER Zeitung

Sitzungsgeld erhitzt die Gemüter im Stadtrat

Marius Koity

Aktualisiert: 07.06.2021, 16:15 | Lesedauer: 5 Minuten

Pößneck. Wegen einer geringfügigen Änderung der kommunalen Hauptsatzung flogen in der jüngsten Sitzung des Pößnecker Stadtrates die Fetzen.

Der Pößnecker Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung seine Hauptsatzung geändert. Es wurde nur eine kleine Zahl angepasst, die dem normalen Bürger in dem fünfseitigen Dokument kaum auffallen dürfte. Trotzdem kam es vor der Abstimmung im Saal des Pößnecker Schützenhauses zu einem selten emotionalen Schlagabtausch.

Die Gewählten bekommen nicht nur für die Teilnahme an den Beratungen des Stadtrates inklusive Ausschüsse ein pauschales Sitzungsgeld von 20 Euro, sondern auch für die Anwesenheit in Zusammenkünften der Fraktionen, sofern diese Termine der Vorbereitung der nächsten Stadtratssitzung dienen. Bislang waren zwei Fraktionstreffen pro Stadtratssitzung erlaubt, jetzt wurde maximal eine festgeschrieben. Weil die Grüne/SIP-Fraktion, wie es am Rande hieß, als einzige Gruppierung zwei solcher Termine bei der Stadt abrechne.

Richter hält der AfD „Verarschung des Volkes“ vor

Ja, weil für eine „vernünftige Stadtratsarbeit“ mindestens zwei Fraktionssitzungen notwendig seien, argumentierte Constanze Truschzinski (SIP). Sie warnte davor, an dieser Stelle Einschränkungen zu beschließen, weil das ein „falsches Signal“ an die Wähler wäre.

Es gehe doch nicht darum, dass man sich nur noch einmal treffen soll, entgegnete der Stadtratsvorsitzende Marc Roßner (SPD). Man bekomme die Vorbereitung nur einmal bezahlt.

Steve Richter (Grüne) sah zunächst „die Gefahr, dass man sich zurücklehnt“. Um sich dann zu wundern, dass ausgerechnet die AfD, die permanent von einem „Altparteienkartell“ rede, gemeinsam mit den etablierten Kräften des Stadtrates die Oppositionsarbeit beschneide. Das sei eine „Verarschung des Volkes“, sagte er den AfDlern Frank Lipfert und Manfred Bentz ins Gesicht. (Matthias Rham, dritter AfDler im Bunde, saß nur außerhalb von Richters Blickfeld.)

Roßner konnte keinen Zusammenhang zwischen der Zahl vergüteter Fraktionssitzungen und der Qualität der Stadtratsarbeit erkennen. Und Wolfgang Kleindienst betonte: „Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, dass die Stadträte nur wegen des Sitzungsgeldes ihre Arbeit machen.“ In die gleiche Kerbe schlug Brigitte Schiller (Linke) mit dem Hinweis, dass die Mandatsträger Ehrenamtliche seien.

„Es geht auch uns nicht ums Geld“, erwiderte Richter. „Wir sind gewählt worden, um Dinge zu ändern, und das geht nur über das Initiativrecht“, über Anträge also. Er blieb dabei, dass mit der Fraktionssitzungsbegrenzung „Arbeitsverweigerung legitimiert“ werde. Den

Stadträten so etwas zu unterstellen, sei „unverschämt“, schlug Kleindienst postwendend zurück.

„Lieber Steve, das, was Du heute von Dir gegeben hast, war das Schwächste, seitdem Du im Stadtrat bist“, platzte es aus Thomas Weidemann (FDP/FW/FFW) heraus. Er empfahl den beiden Grüne/SIP-Fraktionären, einfach nicht mehr „solche scheißähnlichen Anträge, die uns Lebenszeit kosten“, zu stellen. Schon zuvor hatte Truschzinski allerdings klargestellt, dass der Stadtrat auch künftig pro Sitzung mit zwei schriftlichen Initiativen von Richter und ihr rechnen müsse.

Bentz bescheinigt der Grüne/SIP-Fraktion „Raffgier“

„Es geht euch doch nur um Quantität, nicht um Qualität“, unterstellte nunmehr Roßner in einem weiteren Kommentar. Nein, es gehe nicht um Quantität, gab Truschzinski nicht nach. „Wir verwalten 40 Millionen Euro“, sagte sie mit dem Hinweis auf das kommunale Haushaltsvolumen (das 2021 eigentlich bei 47,8 Millionen Euro liegt). Beim Verhältnis zwischen Verantwortung und Vergütung der Stadträte würde jeder Geschäftsführer mit dem Kopf schütteln. Die mindestens drei Geschäftsführer in den Reihen der Stadträte sagten dazu nichts.

Enrico Kleebusch, fraktionsloser Sozialdemokrat, hielt dem Grüne/SIP-Bündnis vor, anderen Parteien vorschreiben zu wollen, wie sie Oppositionsarbeit machen sollen, während Bentz als Letzter in der längeren Debatte von „Raffgier“ sprach. Nur die Christdemokraten hielten sich raus. Und auch Bürgermeister Michael Modde (parteilos) sah sich nicht zu Einschätzungen veranlasst. Warum nicht?

„Das war ja eher eine Geschichte des Stadtrates, der Bürgermeister bekommt kein Sitzungsgeld“, antwortete Modde. „Ich bin entsetzt darüber, dass man an 20 Euro weniger das Ende der Demokratie in Pöbneck festgemacht hat. Und es ist falsch, was Grüne/SIP immer behaupten: Der Stadtrat ist eben kein Parlament, kein Gesetzgeber, seine Aufgabe ist vielmehr, die Arbeit der Stadtverwaltung zu begleiten und zu kontrollieren. Abgesehen davon hatten sich alle Fraktionen zu Beginn der Legislatur mündlich darauf geeinigt, nur eine vorbereitende Fraktionssitzung abzurechnen – jetzt haben wir es schriftlich!“

Es blieb zwar unklar, wie viel Geld genau die Stadt künftig spart und wie viel bisher verschwendet worden sein soll. Bis auf Grüne/SIP konnte aber alle Fraktionen damit leben, dass sie fortan nur noch eine Vorbereitung auf die nächste Stadtratssitzung vergütet bekommen.

<https://www.otz.de/regionen/poessneck/poessneck-sitzungsgeld-erhitzt-die-gemueter-im-stadtrat-id232473825.html>